



Planfeststellungsverfahren gemäß §§ 43 ff. Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) i. V. m. §§ 73 ff. Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz (HVwVfG) für den geplanten Neubau einer Erdgastransportleitung, der Spessart-Odenwald-Leitung (SPO), hier: Abschnitt Hessen-Mitte (PLB) von der Ortslage Klein-Auheim (Stadt Hanau) bis zur Ortslage Herchenrode (Gemeinde Modautal); - Anhörungsverfahren

Die terranets bw GmbH plant für einen zukunftssicheren Ausbau ihres bestehenden Erdgasnetzes den Neubau der Erdgastransportleitung SPO mit einer Gesamtlänge von 117 km von Wirtheim/Biebergemünd bis Lampertheim in überwiegender Parallelführung zur bereits vorhandenen Mitte-Deutschland-Anbindungsleitung (MIDAL). Das Gesamtvorhaben umfasst vier Planfeststellungsabschnitte, wovon drei Abschnitte in Hessen liegen. Hessen-Nord von Wirtheim/Biebergemünd bis Klein-Auheim/Hanau (PLA), Hessen-Mitte von Klein-Auheim/Hanau bis Herchenrode/Modautal (PL-B), Hessen-Süd von Herschenrode/Modautal bis Lampertheim (PL-C) und den Abschnitt Bayern (PL-D). Für die SPO ist eine Nennweite von DN 1.000 sowie eine Druckstufe von PN 90 vorge-

sehen; die Leitung soll zudem wasserstoffready errichtet werden. Die terranets bw GmbH hat vorliegend gem. § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 EnWG als erstes die Planfeststellung für den Abschnitt Hessen-Mitte (PLB) beginnend beim Stationierungspunkt (SP) 35+090 bis zum SP 83+220 von der Ortslage Klein-Auheim/Hanau bis zur Ortslage Herchenrode/Modautal beim Regierungspräsidium Darmstadt einschließlich der dazugehörigen Betriebs- und Nebenanlagen gem. § 43 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 EnWG beantragt. Für das Vorhaben ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Die Anhörung zu den ausgelegten Planunterlagen beinhaltet daher auch die Einbeziehung der Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens gem. § 18 Abs. 1 UVPG. Der Abschnitt Hessen-Mitte erstreckt sich über eine Länge von ca. 48,1 km und umfasst außerdem die nachfolgend genannten wesentlichen Bestandteile:

- Verlegung von Kabelschutzrohren und LWL-Begleitkabeln im Trassenverlauf
- Bau von vier Armaturengruppen (AG) mit Betriebsanlagen und Zufahrten AG 05 Jügesheim (Standort: Dudenhofen/Rodgau), AG 06 Babenhausen (Standort: Babenhausen/Babenhausen), AG 07 Dieburg (Standort: Groß-Umstadt/Semd) und AG 08 Herchenrode (Standort: Herchenrode/Modautal)
- Errichtung von drei An-

wie die Kommunen Babenhausen, Dieburg, Groß-Umstadt, Groß-Zimmern, Modautal, Münster, Ober-Ramstadt, Otzberg und Reinheim im Kreis Darmstadt-Dieburg betroffen. Im Stadtgebiet Dieburg ist keine unmittelbare Grundstücksinanspruchnahme vorgesehen; die Betroffenheit ergibt sich hier durch den während der Bauphase auftretenden Bau- lärm und aufgrund der mit der Bauwasserhaltung zusammenhängenden Ausdehnung von Absenkrüchtern. Die Planunterlagen werden gemäß § 43a EnWG i. V. m. § 73 HVwVfG durch Veröffentlichung im Internet für die Dauer eines Monats vom 28.07.2025 bis 27.08.2025 zur allgemeinen Einsichtnahme von den vom Vorhaben betroffenen Kommunen mittels Verlinkung auf die Internetseite des Regierungspräsidiums Darmstadt zugänglich gemacht. Über folgenden Link auf der Internetseite der Stadt Rodgau können die Planunterlagen für den Abschnitt PLB Hessen – Mitte der SPO eingesehen werden: <https://www.rodgau.de/Stadt/Verwaltung/Aufgaben-Struktur/index.php?object=tx,2642.1&ModID=9&FID=1889.885.1&NavID=2642.531&La=1> Zeitgleich können die Planunterlagen direkt auf der Homepage des Regierungspräsidiums Darmstadt unter <https://rp-darmstadt.hessen.de/> – Rubrik: Bekanntmachungen ☒ Energienetze“) bzw. dort unter folgendem Link aufgerufen werden: <https://rp-darmstadt.hessen.de/veroeffentlichungen-und-digitales/oeffentliche-bekanntmachungen/energienetze/28072025-neubau-der-spessart-odenwald-leitung-spo-hier-abschnitt-hessen-mitte-plb>

1. Alle, deren Belange durch das Vorhaben berührt werden, können sich bis 02.10.2025 (maßgeblich ist der Tag des Eingangs, nicht das Datum des Poststempels) beim Regierungspräsidium Darmstadt (Anhörungsbehörde), Dezernat III 33.1, Wilhelminenstraße 1-3, 64283 Darmstadt (Postanschrift: Regierungspräsidium Darmstadt, 64278 Darmstadt) oder bei den auslegenden Städten und Gemeinden Babenhausen, Dieburg, Groß-Umstadt, Groß-Zimmern, Hainburg, Hanau, Modautal, Münster, Obertshausen, Ober-Ramstadt, Otzberg, Reinheim und Rodgau schriftlich oder zur Niederschrift zu den Planunterlagen äußern und Einwendungen erheben. Äußerungen und Einwendungen müssen den Namen und die Anschrift lesbar enthalten, den geltend gemachten Belang und das Maß der befürchteten Beeinträchtigungen erkennen lassen sowie unterschrieben sein. E-Mails ohne qualifizierte Signatur erfüllen das Schriftformerfordernis nicht. Bei der Beeinträchtigung von Grundeigentum soll der jeweilige Flur, die Flurstücksnummer und die Gemarkung des betroffenen Grundstückes angegeben werden. Äußerungen und Einwendungen sind dem Vorhabenträger und den von ihm Beauftragten zur Verfügung zu stellen, um eine Erwiderung zu ermöglichen. Diejenigen, die Einwendungen erheben, können

gem. § 43a Satz 1 Nr. 2 EnWG verlangen, dass hierfür Name und Anschrift unkenntlich gemacht werden, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Verfahrens nicht erforderlich sind.

2. Diese Bekanntmachung dient auch der Benachrichtigung der Vereinigungen nach § 73 Abs. 4 Satz 5 HVwVfG.

3. Nach Ablauf der Einwendungs- und Äußerungsfrist, also mit Ablauf des 02.10.2025, sind Einwendungen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, für das Verwaltungs- und Klageverfahren ausgeschlossen (§ 43a EnWG i. V. m. § 73 Abs. 4 Satz 3 HVwVfG i. V. m. § 21 Abs. 4 Satz 1 UVPG). Diese Rechtsfolge gilt auch für Stellungnahmen der Vereinigungen (§ 73 Absatz 4 Satz 5 HVwVfG).

4. Bei Eingaben, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite eine Unterzeichnerin oder ein Unterzeichner mit ihrem bzw. seinem Namen, Beruf und Anschrift als Vertreterin bzw. Vertreter der übrigen Unterzeichnenden zu benennen (§ 17 Abs. 1 HVwVfG). Andernfalls können diese Einwendungen unberücksichtigt bleiben (§ 17 Abs. 2 HVwVfG).

Es wird darauf hingewiesen, dass Einwendungen auch dann erhoben werden müssen, wenn zuvor eine Beteiligung im Rahmen der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 25 Abs. 3 HVwVfG stattgefunden hat.

5. Auf Verlangen eines Beteiligten, das während der Dauer der Auslegung an das Regierungspräsidium Darmstadt oder die Kommunen Babenhausen, Dieburg, Groß-Umstadt, Groß-Zimmern, Hainburg, Hanau, Modautal, Münster, Obertshausen, Ober-Ramstadt, Otzberg, Reinheim oder Rodgau zu richten ist, wird eine alternative, leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit zu den Planunterlagen zur Verfügung gestellt; dies ist in der Regel die Übersendung eines gängigen elektronischen Speichermediums, auf dem die auszulegenden Unterlagen gespeichert sind (§ 43a Satz 3 EnWG).

6. Die Anhörungsbehörde kann auf eine Erörterung im Sinne des § 73 Abs. 6 HVwVfG und des § 18 Abs. 1 S. 4 UVPPG gem. § 43a Satz 1 Nr. 3 EnWG verzichten. Ein Erörterungstermin findet gem. § 43a Satz 1 Nr. 3 EnWG zudem nicht statt, wenn

- Einwendungen gegen das Vorhaben nicht oder nicht rechtzeitig erhoben worden sind,
- die rechtzeitig erhobenen Einwendungen zurückgenommen worden sind,
- ausschließlich Einwendungen erhoben worden sind, die auf privatrechtlichen Titeln beruhen, oder
- alle Einwender auf einen Erörterungstermin verzichten.

Die Vertretung durch eine bevollmächtigte Person ist möglich. Die Bevollmächtigung ist durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen, die zu den Akten der Anhörungsbehörde zu geben ist. Bei Ausbleiben eines Beteiligten im Erörterungstermin

kann auch ohne ihn verhandelt werden.

Der Erörterungstermin ist nicht öffentlich.

7. Die durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, Erhebung von Einwendungen und Stellungnahmen, Teilnahme am Erörterungstermin und durch Vertreterbestellung entstehenden Kosten werden nicht erstattet.

8. Entschädigungsansprüche, soweit über sie nicht in der Planfeststellung dem Grunde nach zu entscheiden ist, werden in einem gesonderten Entschädigungsverfahren behandelt.

9. Über die Einwendungen und Stellungnahmen wird nach dem Abschluss des Anhörungsverfahrens durch die Planfeststellungsbehörde entschieden. Gemäß § 43b Abs. 1 Nr. 3 EnWG wird die Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) dem Vorhabenträger zugestellt. Im Übrigen wird sie öffentlich bekanntgegeben, indem der Planfeststellungsbeschluss für die Dauer von zwei Wochen auf der Internetseite der Planfeststellungsbehörde mit der Rechtsbehelfsbelehrung zugänglich gemacht wird. Zusätzlich werden in örtlichen Tageszeitungen, die in dem Gebiet, auf das sich das Vorhaben voraussichtlich auswirken wird, verbreitet sind, der verfügbare Teil und die Rechtsbehelfsbelehrung des Planfeststellungsbeschlusses sowie ein Hinweis auf die Zugänglichmachung im Internet, bekanntgemacht.

10. Vom Beginn der Auslegung des Planes dürfen auf den vom Plan betroffenen Flächen bis zu ihrer Inanspruchnahme wesentlich wertsteigernde oder die geplanten Baumaßnahmen erheblich erschwerende Veränderungen nicht vorgenommen werden; vielmehr treten die Beschränkungen des § 44a EnWG (Veränderungssperre) in Kraft. Darüber hinaus steht ab diesem Zeitpunkt dem Träger des Vorhabens an den vom Plan betroffenen Flächen ein Vorkaufsrecht zu (§ 44a Abs. 3 EnWG).

11. Da das Vorhaben UVP-pflichtig ist, wird darauf hingewiesen,

- dass die für das Verfahren und die Entscheidung zuständige Behörde das Regierungspräsidium Darmstadt ist,
- dass über die Zulässigkeit des Verfahrens durch Planfeststellungsbeschluss entschieden werden wird,
- dass die ausgelegten Planunterlagen die nach § 16 UVPG notwendigen Angaben enthalten und
- dass die Anhörung zu den ausgelegten Planunterlagen auch die Einbeziehung der Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens gemäß § 18 Abs. 1 UVPG darstellt,
- dass weitere Informationen, die für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens von Bedeutung sein können und die der zuständigen Behörde erst nach Beginn der Auslegung vorliegen, der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen über den Zugang zu Umweltinformationen zugänglich gemacht werden.

12. Bei dem UVP-pflichtigen Vorhaben werden gem. § 19 UVPG die Unterlagen nach § 16 UVPG sowie die entscheidungserheblichen Berichte und

Empfehlungen, die das Vorhaben betreffen, zur Einsicht für die Öffentlichkeit im Rahmen des Beteiligungsverfahrens ausgelegt. Dabei handelt es sich insbesondere um folgende im Inhaltsverzeichnis der Planunterlagen aufgeführten Unterlagen:

- Teil A: Erläuterungsbericht
- Teil D: UVP-Bericht, Landschaftspflegerischer Begleitplan, Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag, Natura 2000 – Verträglichkeitsuntersuchung, Fachbeitrag Wasserrahmenrichtlinie
- Teil E: wasserrechtliche, naturschutzfachliche und forstrechtliche Anträge
- Teil F: Fachgutachten Bodenschutz, schall- und lärmschutztechnisches Gutachten, geologisches und hydrogeologisches Gutachten, Sicherheitsstudie, Kartierbericht

13. Die Planunterlagen und die ortsüblichen Bekanntmachungen sind für die Dauer des Verfahrens über das UVP-Portal der Länder (<https://www.uvp-verbund.de>) zugänglich.

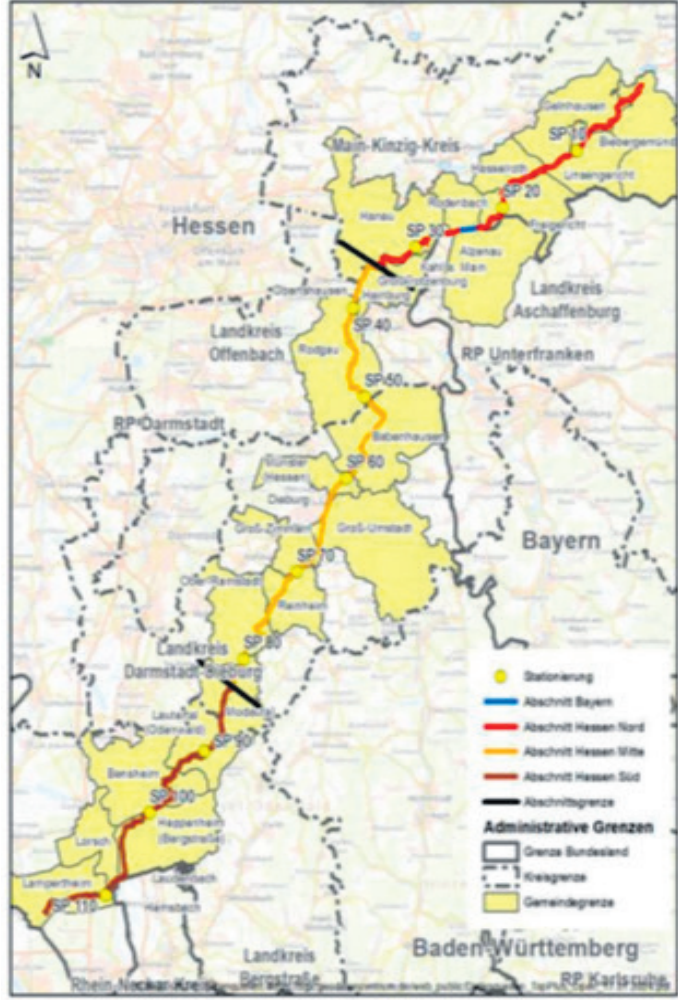
14. Aufgrund der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung im o.g. Planfeststellungsverfahren die erhobenen Einwendungen bzw. abgegebenen Äußerungen/Stellungnahmen einschließlich der darin mitgeteilten personenbezogenen Daten ausschließlich für das Planfeststellungsverfahren erhoben, gespeichert und verarbeitet werden. Nähere Informationen zum Datenschutz in Planfeststellungsverfahren können unter https://rp-darmstadt.hessen.de/sites/rp-darmstadt.hessen.de/files/2024-08/iii_33.1_betroffeneninformation_nach_art-13_14_ds-gvo.pdf eingesehen werden.

Regierungspräsidium Darmstadt
RPDA - Dez. III 33.1-78 b 07.02/1-2024
Der Magistrat der Stadt Rodgau

Ambulante Hauskrankenpflege
Sozialstation Rodgau gGmbH
Borsigstraße 56, Johanner-Haus
Tel. **061 06 / 3281**
WIR PFLEGEN IN RODGAU!

Mitmachangebot Boule im Rodau Park

Jügesheim (RZ) Neugierige, begeisterte Boulespieler und solche, die es werden wollen sind herzlich zu „Sport im Park“ eingeladen. Gespielt wird bis 26. August jeweils dienstags von 13.30 bis 15 Uhr auf der Boulebahn im Rodaupark, Rodgau Jügesheim, zwischen Alter Weg und Konrad-Kappler-Straße. Voranmeldungen sind nicht erforderlich. Kugeln können gestellt werden. Wer vorbeikommt, kann also sofort mitspielen. Die Veranstaltung ist eine Initiative des Landessportbundes Hessen und dem Sportkreis Offenbach. Das Mitmach-Angebot wird von Übungsleitern der Pétanque-Abteilung der S.K.G Rodgau gestaltet. Mehr Informationen sind auf der homepage zu finden (www.skgrdgau.de/abteilungen/petanque/).



Impressum

Rodgau Zeitung

Herausgeber: Rhein Main Verlags GmbH, Bieberer Str. 137, 63179 Obertshausen, Tel. 061 04 - 66 72 04 - 0, info@rheinmainverlag.de, Geschäftsführung: Bernd Maas, Angelika Hofferberth

Erscheinungsweise: Ab freitags zum Wochenende flächendeckend in Rodgau

Büro: Bieberer Str. 137, 63179 Obertshausen Tel. 061 04 - 66 72 04 - 0

Redaktion: Silke Theurer (V.i.S.d.P.)
E-Mail: redaktion@heimat-zeitungen.de
Redaktionsschluss: Dienstag, 12.00 Uhr
Anzeigen: anzeigen@heimat-zeitungen.de
Anzeigenschluss: Dienstag, 12.00 Uhr

Layout, Anzeigensatz und Druck: Druck- und Pressehaus Naumann GmbH & Co. KG, Gutenbergstraße 1, 63571 Gelnhausen

Vertrieb: EGRO Direktwerbung GmbH, Obertshausen, Tel. 061 04 - 49 70 - 0

Falls Sie dieses Produkt nicht mehr erhalten möchten, bitten wir Sie, einen Werbebotsaufkleber mit dem Zusatzhinweis „Keine kostenlosen Zeitungen“ an Ihrem Briefkasten anzubringen. Weitere Informationen finden Sie auf dem Verbraucherportal www.werbung-im-briefkasten.de.

06. AUG
2025
18.00 Uhr

Vortrag für Patienten & Interessierte

UNERTRÄGLICHE SCHMERZEN

Wie kann die Schmerztherapie helfen?

Neue Stadthalle Langen, Kleiner Saal,
Südliche Ringstraße 77, 63225 Langen

Peter Kriegsmann,
Oberarzt der Klinik für
Anästhesie & interdisziplinäre Intensivmedizin

Weitere Informationen unter:
Tel.: 06103 / 912-614 66 **oder** s.menger@asklepios.com
www.asklepios.com/langen

 **ASKLEPIOS**
KLINIK LANGEN

Asklepios Klinik Langen, Röntgenstr. 20, 63225 Langen

euRONATUR

STIFTUNG

Naturschutz ohne Grenzen

Seit über 25 Jahren verbinden wir europaweit Menschen und Natur über Ländergrenzen hinweg. Gerne informieren wir Sie über unsere Projekte.

Sabine Günther
Telefon + 49 (0) 7732/92 72-17
sabine.guenter@euronatur.org
www.euronatur.org

 DZI
Spezialpreis

GESCHÄFTSEMPFEHLUNGEN



ZÄUNE • GITTER • TORE

Draht-Weissbäcker KG
Steinstr. 46-48, 64807 Dieburg
Tel. (06071) 98810 • Fax (06071) 5161

Internet: www.draht-weissbaecker.de
Email: draht@weissbaecker.de

- Draht- und Gitterzäune • Tore
- Schiebetore • Drehkreuze
- Schranken • Türen • Gabionen
- Pfosten • Sicherheitszäune
- Mobile Bauzäune • Alu-Zäune
- sämtliche Drahtgeflechte
- Alu-Toranlagen • Rankanlagen
- auch Privatverkauf



TÜREN	Hautüren Ganzglastüren
FENSTER	Holz – Kunststoff Aluminium
SICHERHEITS- TECHNIK	für Haus und Wohnung
ROLLLÄDEN	elektrisch manuell
FALTSTORES	Die Alternative zur Gardine
INSEKTENSCHUTZ/GLASDESIGN GLASREPARATUREN SPIEGEL UND INDIV. GLASZUSCHNITTE	



DIETZ

Glasbau GmbH
Luisenstr. 56 • Neu-Isenburg
Telefon: 06102/800284
info@dietz-glasbau.de
www.dietz-glasbau.de

 **weru**
ZEHNJÄHRIGER QUALITÄTSPREIS

Zäune-Torenbau u. Montage, Heckenschn. u. Wurzelaufräsung, Baumpfl. u. Baumschnitt, Tel. 0176/21012997 marti-08@gmx.de

Bauleiter hat noch Termine frei. Tel. 0175-32 11 815

BAUMFÄLLUNGEN!!! Gartengestaltung, Landschaftsbau, Rollrasen, Hecke schneiden etc., Klein- und Großaufträge. Heinrich-Krumm-Str. 17, 63073 OF Tel.: 069 - 26 01 98 70

Dachdeckermeisterbetrieb sucht Aufträge im Bereich **Flachdachsanierung** www.dachbau-oertlek.de ☎ **0171 – 6 00 91 79**

Gartenarbeiten aller Art: Hecken-schnitt, Sträucherschnitt, Rasenreini-g, Beetpflege, Pflasterarbeiten **Tel. 0163/6422816**

Landschaftsgärtner: Gartenarbei-ten aller Art, Heckenschnitt, Ras-enmähen, Beetpflege, Sträucher-schnitt. Tel. 0178 / 9221987.

Reinigung

Blitz Blank!!! Fenster / Rahmen, Winter-gartenreinigung gefällig od. Grundreini-gung Ihrer Wohnung? Wir reinigen auch Ihre Wohnung alle 14 Tage, auch Teppi-che / Teppichböden, Polstermöbel u. Ma-tratzen, antiallergisch farbfrisch wie neu mit Geruchsbeseitigung und Langzeit IM-PRÄGNIERUNG. 53 Jahre Fa. Ralf Hüber **MEISTERBETRIEB:** ☎ 06101 - 31 32

Ich reinige und / oder prüfe Ihre Dachrinne. Zuverlässig. ☎ 0174 - 8386162

Alles komplett aus einer Hand Innenausbau • Trockenbau streichen • fliesen • Bad komplett 25 Jahre Erfahrung • Zuverlässig Tel 0174 - 2 31 18 78

AMTLICHE BEKANNTMACHUNG DER STADT RODGAU

BEKANNTMACHUNG

Planfeststellungsverfahren gemäß §§ 43 ff. Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) i. V. m. §§ 73 ff. Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz (HVwVfG) für den geplanten Neubau einer Erdgastransportleitung, der Spessart-Odenwald-Leitung (SPO), hier: Abschnitt Hessen-Mitte (PLB) von der Ortslage Klein-Auheim (Stadt Hanau) bis zur Ortslage Herchenrode (Gemeinde Modautal);

- Anhörungsverfahren

Die terranets bw GmbH plant für einen zukunftssicheren Ausbau ihres bestehenden Erdgasnetzes den Neubau der Erdgastransportleitung SPO mit einer Gesamtlänge von 117 km von Wirtheim/Biebergemünd bis Lampfertheim in überwiegender Parallelführung zur bereits vorhandenen Mitte-Deutschland-Anbindungsleitung (MIDAL). Das Gesamtvorhaben umfasst vier Planfeststellungsabschnitte, wovon drei Abschnitte in Hessen liegen, Hessen-Nord von Wirtheim/Biebergemünd bis Klein-Auheim/Hanau (PLA), Hessen-Mitte von Klein-Auheim/Hanau bis Herchenrode/Modautal (PL-B), Hessen-Süd von Herschenrode/Modautal bis Lampfertheim (PL-C) und den Abschnitt Bayern (PL-D). Für die SPO ist eine Nennweite von DN 1.000 sowie eine Druckstufe von PN 90 vorgesehen; die Leitung soll zudem wasserstoffready errichtet werden.

Die terranets bw GmbH hat vorliegend gem. § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 EnWG als erstes die Planfeststellung für den Abschnitt Hessen-Mitte (PLB) beginnend beim Stationierungspunkt (SP) 35+090 bis zum SP 83+220 von der Ortslage Klein-Auheim/Hanau bis zur Ortslage Herchenrode/Modautal beim Regierungspräsidium Darmstadt einschließlich der dazugehörigen Betriebs- und Nebenanlagen gem. § 43 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 EnWG beantragt. Für das Vorhaben ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Die Anhörung zu den ausgelegten Planun-terlagen beinhaltet daher auch die Einbeziehung der Öffentlichkeit zu den Um-weltauswirkungen des Vorhabens gem. § 18 Abs. 1 UVPG.

Der Abschnitt Hessen-Mitte erstreckt sich über eine Länge von ca. 48,1 km und umfasst außerdem die nachfolgend genannten wesentlichen Bestandteile:

- Verlegung von Kabelschutzröhren und LWL-Begleitkabeln im Trassenverlauf
- Bau von vier Armaturengruppen (AG) mit Betriebsanlagen und Zufahrten AG 05 Jügesheim (Standort: Dudenhofen/Rodgau), AG 06 Babenhausen (Standort: Babenhausen/Babenhausen), AG 07 Dieburg (Standort: Groß-Umstadt/Semd) und AG 08 Herchenrode (Standort: Herchenrode/Modautal)
- Errichtung von drei Anschlussleitungen von den Armaturengruppen AG 05 Jügesheim, AG 07 Dieburg und AG 08 Herchenrode zu den Anschlusspunkten der nachgelagerten Netzbetreiber
- Rohrlagerplätze zur temporären Lagerung von Rohr- und Baustellenmaterial
- Schutzeinrichtungen gegen Hochspannungsbeeinflussung
- Temporäre Arbeits- und Baustelleneinrichtungsflächen, Zuwegungen
- Maßnahmen für die Bauwasserhaltung und Druckprüfung

Durch das geplante Vorhaben sind die Stadt Hanau im Main-Kinzig-Kreis, die Kommunen Hainburg, Obertshausen und Rodgau im Kreis Offenbach sowie die Kommunen Babenhausen, Dieburg, Groß-Umstadt, Groß-Zimmern, Modautal, Münster, Ober-Ramstadt, Otzberg und Reinheim im Kreis Darmstadt-Dieburg betroffen. Im Stadtgebiet Dieburg ist keine unmittelbare Grundstücksin-spruchnahme vorgesehen; die Betroffenheit ergibt sich hier durch den während der Bauphase auftretenden Baulärm und aufgrund der mit der Bauwasserhal-tung zusammenhängenden Ausdehnung von Absenkrichtern.

Die Planunterlagen werden gemäß § 43a EnWG i. V. m. § 73 HVwVfG durch Ver-öffentlichung im Internet für die Dauer eines Monats vom

28.07.2025 bis 27.08.2025

zur allgemeinen Einsichtnahme von den vom Vorhaben betroffenen Kommunen mittels Verlinkung auf die Internetseite des Regierungspräsidiums Darmstadt zugänglich gemacht.

Über folgenden Link auf der Internetseite der Stadt Rodgau können die Planun-terlagen für den Abschnitt PLB Hessen – Mitte der SPO eingesehen werden:

https://www.rodgau.de/Stadt/Verwaltung/Aufgaben-Struktur/index.php?object=tx_2642.1&ModID=9&FID=1889.885.1&NavID=2642.531&La=1

Zeitgleich können die Planunterlagen direkt auf der Homepage des Regierungs-präsidiums Darmstadt unter <https://rp-darmstadt.hessen.de/> – Rubrik: Be-kanntmachungen ☐ Energienetze“) bzw. dort unter folgendem Link aufgerufen werden:

<https://rp-darmstadt.hessen.de/veroeffentlichungen-und-digitales/oeffentliche-bekanntmachungen/energienetze/28072025-neubau-der-spessart-odenwald-leitung-spo-hier-abschnitt-hessen-mitte-plb>

1. Alle, deren Belange durch das Vorhaben berührt werden, können sich bis 02.10.2025 (maßgeblich ist der Tag des Eingangs, nicht das Datum des Post-stempels) beim Regierungspräsidium Darmstadt (Anhörungsbehörde), Dezernat III 33.1, Wilhelminenstraße 1-3, 64283 Darmstadt (Postanschrift: Regierungs-präsidium Darmstadt, 64278 Darmstadt) oder bei den auslegenden Städten und Gemeinden Babenhausen, Dieburg, Groß-Umstadt, Groß-Zimmern, Hainburg, Hanau, Modautal, Münster, Obertshausen, Ober-Ramstadt, Otzberg, Reinheim und Rodgau schriftlich oder zur Niederschrift zu den Planunterlagen äußern und Einwendungen erheben.

Äußerungen und Einwendungen müssen den Namen und die Anschrift lesbar enthalten, den geltend gemachten Belang und das Maß der befürchteten Beein-trächtigungen erkennen lassen sowie unterschrieben sein. E-Mails ohne quali-fizierte Signatur erfüllen das Schriftformerfordernis nicht.

Bei der Beeinträchtigung von Grundeigentum soll der jeweilige Flur, die Flur-stücksnummer und die Gemarkung des betroffenen Grundstückes angegeben werden.

Äußerungen und Einwendungen sind dem Vorhabenträger und den von ihm Be-auftragten zur Verfügung zu stellen, um eine Erwiderung zu ermöglichen. Dieje-nigen, die Einwendungen erheben, können gem. § 43a Satz 1 Nr. 2 EnWG verlan-gen, dass hierfür Name und Anschrift unkenntlich gemacht werden, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Verfahrens nicht erforderlich sind.

2. Diese Bekanntmachung dient auch der Benachrichtigung der Vereinigungen nach § 73 Abs. 4 Satz 5 HVwVfG.

3. Nach Ablauf der Einwendungs- und Äußerungsfrist, also mit Ablauf des 02.10.2025, sind Einwendungen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Ti-teln beruhen, für das Verwaltungs- und Klageverfahren ausgeschlossen (§ 43a EnWG i. V. m. § 73 Abs. 4 Satz 3 HVwVfG i. V. m. § 21 Abs. 4 Satz 1 UVPG). Diese Rechtsfolge gilt auch für Stellungnahmen der Vereinigungen (§ 73 Absatz 4 Satz 5 HVwVfG).

4. Bei Eingaben, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftslisten unter-zeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite eine Unterzeichnerin oder ein Unterzeichner mit ihrem bzw. seinem Namen, Be-ruf und Anschrift als Vertreterin bzw. Vertreter der übrigen Unterzeichnenden zu benennen (§ 17 Abs. 1 HVwVfG). Andernfalls können diese Einwendungen un-berücksichtigt bleiben (§ 17 Abs. 2 HVwVfG).

Es wird darauf hingewiesen, dass Einwendungen auch dann erhoben werden müssen, wenn zuvor eine Beteiligung im Rahmen der frühen Öffentlichkeitsbe-teiligung nach § 25 Abs. 3 HVwVfG stattgefunden hat.

5. Auf Verlangen eines Beteiligten, das während der Dauer der Auslegung an das Regierungspräsidium Darmstadt oder die Kommunen Babenhausen, Die-burg, Groß-Umstadt, Groß-Zimmern, Hainburg, Hanau, Modautal, Münster, Obertshausen, Ober-Ramstadt, Otzberg, Reinheim oder Rodgau zu richten ist, wird eine alternative, leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit zu den Planun-terlagen zur Verfügung gestellt; dies ist in der Regel die Übersendung eines gän-gigen elektronischen Speichermediums, auf dem die auszulegenden Unterlagen gespeichert sind (§ 43a Satz 3 EnWG).

6. Die Anhörungsbehörde kann auf eine Erörterung im Sinne des § 73 Abs. 6 HVwVfG und des § 18 Abs. 1 S. 4 UVPPG gem. § 43a Satz 1 Nr. 3 EnWG verzichten. Ein Erörterungstermin findet gem. § 43a Satz 1 Nr. 3 EnWG zudem nicht statt, wenn

- Einwendungen gegen das Vorhaben nicht oder nicht rechtzeitig erhoben worden sind,
- die rechtzeitig erhobenen Einwendungen zurückgenommen worden sind,
- ausschließlich Einwendungen erhoben worden sind, die auf privatrechtlichen Titeln beruhen, oder
- alle Einwender auf einen Erörterungstermin verzichten.

Die Vertretung durch eine bevollmächtigte Person ist möglich. Die Bevollmächti-gung ist durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen, die zu den Akten der Anhörungsbehörde zu geben ist.

Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden.

Der Erörterungstermin ist nicht öffentlich.

7. Die durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, Erhebung von Einwendun-gen und Stellungnahmen, Teilnahme am Erörterungstermin und durch Vertre-terbestellung entstehenden Kosten werden nicht erstattet.

8. Entschädigungsansprüche, soweit über sie nicht in der Planfeststellung dem Grunde nach zu entscheiden ist, werden in einem gesonderten Entschädigungs-verfahren behandelt.

9. Über die Einwendungen und Stellungnahmen wird nach dem Abschluss des Anhörungsverfahrens durch die Planfeststellungsbehörde entschieden. Gemäß § 43b Abs. 1 Nr. 3 EnWG wird die Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) dem Vorhabenträger zugestellt. Im Übrigen wird sie öffentlich bekanntgegeben, in-dem der Planfeststellungsbeschluss für die Dauer von zwei Wochen auf der In-ternetseite der Planfeststellungsbehörde mit der Rechtsbehelfsbelehrung zu-gänglich gemacht wird. Zusätzlich werden in örtlichen Tageszeitungen, die in dem Gebiet, auf das sich das Vorhaben voraussichtlich auswirken wird, verbrei-tet sind, der verfügende Teil und die Rechtsbehelfsbelehrung des Planfeststel-lungsbeschlusses sowie ein Hinweis auf die Zugänglichmachung im Internet, be-kanntgemacht.

10. Vom Beginn der Auslegung des Planes dürfen auf den vom Plan betroffenen Flächen bis zu ihrer Inanspruchnahme wesentlich wersteigernde oder die ge-planten Baumaßnahmen erheblich erschweringe Veränderungen nicht vorge-nommen werden; vielmehr treten die Beschränkungen des § 44a EnWG (Verän-derungssperre) in Kraft. Darüber hinaus steht ab diesem Zeitpunkt dem Träger des Vorhabens an den vom Plan betroffenen Flächen ein Vorkaufsrecht zu (§ 44a Abs. 3 EnWG).

11. Da das Vorhaben UVP-pflichtig ist, wird darauf hingewiesen,

- dass die für das Verfahren und die Entscheidung zuständige Behörde das Regierungspräsidium Darmstadt ist,
- dass über die Zulässigkeit des Verfahrens durch Planfeststellungsbeschluss entschieden werden wird,
- dass die ausgelegten Planunterlagen die nach § 16 UVPG notwendigen Angaben enthalten und
- dass die Anhörung zu den ausgelegten Planunterlagen auch die Einbeziehung der Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens gemäß § 18 Abs. 1 UVPG darstellt,
- dass weitere Informationen, die für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens von Bedeutung sein können und die der zuständigen Behörde erst nach Beginn der Auslegung vorliegen, der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen über den Zugang zu Umweltinformationen zugänglich gemacht werden.

12. Bei dem UVP-pflichtigen Vorhaben werden gem. § 19 UVPG die Unterlagen nach § 16 UVPG sowie die entscheidungserheblichen Berichte und Empfeh-lungen, die das Vorhaben betreffen, zur Einsicht für die Öffentlichkeit im Rahmen des Beteiligungsverfahrens ausgelegt. Dabei handelt es sich insbesondere um folgende im Inhaltsverzeichnis der Planunterlagen aufgeführten Unterlagen:

- Teil A: Erläuterungsbericht
- Teil D: UVP-Bericht, Landschaftspflegerischer Begleitplan, Artenschutz-rechtlicher Fachbeitrag, Natura 2000 – Verträglichkeits-untersuchung, Fachbeitrag Wasserrahmenrichtlinie
- Teil E: wasserrechtliche, naturschutzfachliche und forstrechtliche Anträge
- Teil F: Fachgutachten Bodenschutz, schall- und lärmschutztechnisches Gutachten, geologisches und hydrogeologisches Gutachten, Sicherheitsstudie, Kartierbericht

13. Die Planunterlagen und die ortsüblichen Bekanntmachungen sind für die Dauer des Verfahrens über das UVP-Portal der Länder (<https://www.uvp-verbund.de>) zugänglich.

14. Aufgrund der Datenschutz-Zugabverordnung (DS-GVO) wird darauf hinge-wiesen, dass im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung im o.g. Planfeststel-lungsverfahren die erhobenen Einwendungen bzw. abgegebenen Äußerungen/ Stellungnahmen einschließlich der darin mitgeteilten personenbezogenen Daten ausschließlich für das Planfeststellungsverfahren erhoben, gespeichert und verarbeitet werden.

Nähere Informationen zum Datenschutz in Planfeststellungsverfahren können unter https://rp-darmstadt.hessen.de/sites/rp-darmstadt.hessen.de/files/2024-08/iii_33.1_betroffeneninformation_nach_art-13.14_ds-gvo.pdf eingesehen werden.

**Der Magistrat der Stadt Rodgau
Regierungspräsidium Darmstadt**

RPDA - Dez. III 33.1-78 b 07.02/1-2024

E-Paper

Volltextsuche in allen Artikeln einer Ausgabe!

op-online.de